

27.01.2015

bvse und BDSV wenden sich gegen geplante Verschärfung der 4. BImSchV

Die Bundesregierung plant eine erhebliche Verschärfung der Vorschriften für genehmigungsbedürftige Anlagen nach der 4. Bundesimmissionsschutzverordnung (4. BImSchV). In einer Sitzung des Umweltausschusses des Bundesrates wurde dieser Regierungsentwurf in der letzten Woche behandelt. Zuvor hatten bvse und BDSV die Mitglieder des Umweltausschusses um Ablehnung der Verschärfungen gebeten.

Die Verbände betonen in ihrem Schreiben, dass die Novelle sowohl kleine, aber auch mittlere und große Unternehmen in der Entsorgungsbranche betrifft und diese wirtschaftlich unverhältnismäßig belasten werde, ohne dass dadurch ein adäquater ökologischer Mehrwert erreicht werden könnte.

Der Entwurf sieht vor, dass sonstige Abfallbehandlungsanlagen für gefährliche Abfälle mit einer Durchsatzkapazität von 10 Tonnen oder mehr pro Tag als IED-Anlage geführt werden und daher dem förmlichen Genehmigungsverfahren unterzogen werden. Diese pauschal vorgenommene Einstufung ist jedoch unbegründet und widerspricht den in der EU-Gesetzgebung vorgenommenen Differenzierungen und Einschränkungen.

Die beabsichtigte Verschärfung geht dabei deutlich und ohne überzeugenden sachlichen Grund über die 1:1-Umsetzung der zugrundeliegenden EU-Richtlinie hinaus. Dadurch werden für deutsche Unternehmen zum wiederholten Male höhere Belastungen geschaffen als für Unternehmen in anderen europäischen Ländern. Deutsche Unternehmen erleiden zwangsläufig Wettbewerbsnachteile.

Zuständig für Rückfragen:

Hauptgeschäftsführer Dr. Rainer Cosson, Tel. 0211 828953-30

Die BDSV ist ein bundesweit tätiger Wirtschaftsverband. Sie vertritt die Interessen von rund 550 Betrieben, die im Bereich Stahlrecycling und in weiteren Entsorgungssparten tätig sind. Die BDSV ist damit der größte Stahlrecycling-Verband in Europa. Die Gesamt-Mitarbeiterzahl der deutschen Stahlrecycling-Wirtschaft beträgt ca. 38 000. Der Gesamtumsatz bei der Versorgung der Stahlwerke und Gießereien, einschließlich Ausfuhr, betrug im Jahr 2013 ca. 17,1 Mrd. Euro.